

Mythen und Fakten zum „Richtungswechsel“

Nach ihrem Sieg bei der Parlamentswahl in der Slowakei¹ führt die linksnationale Partei „Richtung – Slowakische Sozialdemokratie“ (Smer-SSD) zum vierten Mal die Regierung. In- und ausländische Gegner hatten im Wahlkampf vor einem „prorussischen“ Kurswechsel gewarnt. Tatsächlich hatte Smer-Parteichef Robert Fico ein Ende staatlicher Waffenlieferungen an die Ukraine angekündigt.

Von **Christoph Thanei**



Christoph Thanei

Wahlplakat Robert Fico in Bratislava, September 2023

Vor der Parlamentswahl am 30. September richtete sich der ausländische Blick vor allem auf die künftige militärische Unterstützung oder Nicht-Unterstützung für das von Russland angegriffene Nachbarland Ukraine. Aber auch kämpferische Inlandsmedien, transatlantische Thinktanks und ausländische Beobachter stilisierten den Urnengang zur „Schicksalswahl“, „Richtungsentscheidung“ oder gar zum „Kampf um die Demokratie in der Slowakei“ hoch. Regierungspolitiker mit schlechten Umfragewerten stimmten bei EU- und Nato-Treffen gerne ein und förderten den Eindruck einer Bedrohung von Westorientierung und Demokratie.

Für die Wahlberechtigten selbst gaben hingegen vor allem Inlandsthemen den Ausschlag. Als größtes Problem nannten sie in Umfragen am häufigsten die Dauerkrise des finanziell ausgehungerten Gesundheitswesens. Und dann die höchste Teuerungsrate der gesamten Eurozone und den Niedergang des Lebensstandards breiter Bevölkerungsschichten innerhalb der drei Jahre, in denen Gegner Ficos die Politik des Landes bestimmt hatten. Deren Versagen ließ viel von dem verblassen, was Fico bei seinem durch Massendemonstrationen erzwungenen Rücktritt 2018 vorgeworfen wurde. Vor lauter koalitionsinternen Dauerstreitereien inmitten der Corona-Pandemie stürzten sie das Land in ein Chaos, das der Slowakei nach Angaben der Europäischen Gesundheitsbehörde

¹ Das Wahlergebnis und andere offizielle Informationen zur Parlamentswahl am 30. September, auch auf Englisch: https://www.volby.sk/sk/vystredky_hlasovania_strany.html

ECDC die monatlang höchsten Todesraten Europas bescherten. Zugleich fiel das schon vorher geringe Vertrauen in den Staat und seine Institutionen in den Keller.

Der Ausbruch des Ukraine-Kriegs und die damit zusammenhängenden EU-Sanktionen brachten die vorher fast zur Gänze von russischen Öl- und Gaslieferungen abhängige Slowakei erst recht in Schwierigkeiten. Auch vor diesem Hintergrund ist zu verstehen, dass Sanktionspolitik und militärische Unterstützung der Ukraine in der Bevölkerung unpopulär waren. Wichtigster Grund für die mehrheitliche Ablehnung von Waffenlieferungen war aber die Befürchtung, dadurch in den Krieg hineingezogen zu werden.

Fico hatte nicht nur dieses Argument in seinen Wahlkampf einbezogen, sondern der Regierung seiner Gegner von Anfang auch vorgeworfen, mit massiven staatlichen Waffenlieferungen aus den Beständen der Armee die eigene Verteidigungsfähigkeit zu gefährden. Damit bezog er sich vor allem darauf, dass die Slowakei schon kurz nach Beginn der russischen Invasion ihr einziges Luftabwehr-Raketensystem des sowjetischen Typs S-300 an die Ukraine abgab und ein Jahr später auch alle MiG-Kampfflugzeuge. Fico hatte in beiden Fällen kritisiert, dass die Slowakei damit ihren eigenen Luftraum nicht mehr schützen könnte. Tatsächlich wird der Luftraum des Nato-Landes Slowakei deshalb von den direkt angrenzenden Nato-Partnern Tschechien, Polen und Ungarn geschützt sowie zeitweise auch von Deutschland. Die ab 2020 regierende Anti-Fico-Koalition war zum Schluss durch ihre Streitigkeiten weitgehend arbeitsunfähig. Aber bei der massiven Militärhilfe für die Ukraine konnte sie bis zum Schluss Einigkeit und Stärke demonstrieren, obwohl die Mehrheit der Bevölkerung laut Umfragen gegen diese Waffenlieferungen war.

Politisch totgesagter Fico kommt zurück

Smer-Gründer Robert Fico war schon von 2006-2010 und von 2012-2018 Regierungschef gewesen. Als solcher hatte er die Slowakei 2007 in den Schengen-Raum und 2009 in die Eurozone geführt. Erstmals an die Macht gekommen war er nicht zuletzt dadurch, dass er sich als Kämpfer gegen den tiefen Korruptionssumpf der in westlichen Wirtschaftskreisen wegen ihrer Niedrigsteuer-Politik als neoliberales Reformvorbild wahrgenommenen Regierungszeit des Christdemokraten Mikuláš Dzurinda (bis 2006) präsentierte und dessen Sozialabbau anprangerte. Umso bemerkenswerter, aber nach so vielen Jahren an der Macht nicht überraschend war, dass Fico allmählich selbst zur Symbolfigur für Korruption und Machtmissbrauch durch seine Günstlinge und Unterstützer wurde.

Nach dem Mord am Investigativ-Journalisten Ján Kuciak und seiner Verlobten Martina Kušnírová im Februar 2018 wurden im Zuge der Ermittlungen große Korruptionsnetze aufgedeckt, in die auch hohe Staatsfunktionäre verstrickt waren. Kuciak hatte dazu recherchiert. Sein gewaltsamer Tod löste eine bis dahin ungeahnte Welle sowohl von medialen Enthüllungsberichten als auch konkreten polizeilichen und juristischen Untersuchungen aus. Fico musste unter dem Druck von Massenprotesten im März 2018 zurücktreten. Damit schien er politisch am Ende zu sein.

Sein Stellvertreter Peter Pellegrini übernahm kurzzeitig die Führung der Regierung und überflügelte Fico rasch an Beliebtheit. Nachdem auch er die Smer-Wahlniederlage bei der Parlamentswahl 2020 nicht verhindern konnte, spaltete er sich mit einigen Getreuen als Konkurrenzpartei „Stimme – Sozialdemokratie“ (Hlas-SD) von der von massivem Korruptionsverdacht belasteten Fico-Partei ab und führte lange in allen Umfragen.

Je unbeliebter die regierende Anti-Fico-Koalition wurde, desto schwächer wurde die Ablehnung gegen Fico. Dass er Pellegrini

unterstellte, nach einem Wahlsieg mit den Liberalen und Konservativen eine Koalition bilden zu wollen, ließ dessen Anhänger lieber zu Fico umschwenken, für den eine Koalition mit wirtschaftsliberalen Parteien ausgeschlossen war. So wurde Fico wieder zum Hoffnungsträger der Benachteiligten in den ärmeren Regionen und zum Schreckgespenst der liberalen Bürger in Bratislava und anderen größeren Städten.

„Mafia“-Dämonisierung im Wahlkampf

„Stabilität, Ordnung und soziale Sicherheit“, hatte die zu dem Zeitpunkt oppositionelle Smer-SSD als Slogan auf ihre Wahlplakate geschrieben. Mit grüner Sprayfarbe ergänzte jemand in Bratislava den Werbespruch mit dem Wort „Zlo“ – auf Deutsch: „das Böse“. Auf anderen Plakaten wurde das Konterfei des Smer-Parteichefs Robert Fico vor allem mit dem Wort „Mafia!“ übersprüht. Kleine symbolhafte Beispiele für den von Dämonisierungen und Feindseligkeiten geprägten Wahlkampf.

Die international meistverbreitete Wahlkampfszene in Internet und TV-Nachrichten war aber wohl eine Prügelei zwischen verfeindeten Politikern vor dem Regierungsamt in Bratislava. Igor Matovič, der Sieger der vorherigen Parlamentswahl vom Februar 2020, war mit einem Lautsprecherwagen in eine im Freien abgehaltene Smer-Presskonferenz gefahren, um sie zu stören. Mit derben Beschimpfungen hatte er die Rede Ficos übertönt. Die von ihm stets als „Mafia“ titulierten Sozialdemokraten seien schuld daran, dass Tausende Migranten in die Slowakei kämen. Der Versuch, ihm sein Mikrofon zu entreißen, mündete in eine Rauferei, die Matovič selbst live auf Facebook sendete.

Dem konservativ-populistischen Igor Matovič hatte 2020 sein Show-Talent noch zu einem fulminanten Wahlsieg seiner Protestbewegung „Gewöhnliche Leute und unabhängige Persönlichkeiten“ (Olano) verholfen.² Im Zuge der Ermittlungen nach dem Journalistenmord waren Korruptionsnetzwerke aufgefliegen, in die führende Richter, Staatsanwälte, die Chefs der Finanzpolizei und allerhand Günstlinge der von Smer geführten Regierungen verstrickt waren. Matovič organisierte gemeinsam mit seinem Bündnispartner Daniel Lipšic Protestkundgebungen vor Ficos Privatwohnung.

Kaum zum Ministerpräsidenten einer Vierparteien-Koalition ernannt, ermöglichte Matovič mit umstrittenen Gesetzesänderungen, dass sein Kampfgefährte Lipšic zum Chef der Spezialstaatsanwaltschaft für Korruption wurde, obwohl er die ursprünglich vorgeschriebenen Voraussetzungen dafür nicht erfüllte. Damit wurde auf juristisch so abenteuerliche Weise, dass sogar Präsidentin Zuzana Čaputová dies kritisierte, ein Ex-Politiker und zugleich einer der schärfsten politischen Gegner Ficos zum Chef jener (etwa mit der österreichischen WKStA vergleichbaren) Behörde gemacht, die für Ermittlungen gegen Politiker und Staatsfunktionäre der durch die Wahl beendeten Smer-Regierungszeit zuständig war. Smer-Politiker wiesen seither jeden Korruptionsvorwurf mit der Behauptung zurück, sie seien Opfer einer „Polit-Justiz“ mit dem Zweck, die größte Oppositionspartei zu „vernichten“. Schon den Journalistenmord 2018 hätten Matovič und seine Bündnispartner für einen „Regime-Change“ missbraucht.

Matovič heizte selbst solche Spekulationen an, indem er nach einem verlorenen Misstrauensvotum gegen Neuwahlen mit der Begründung ankämpfte, Polizei und Justiz bräuchten „mehr Zeit, um die Verbrechen der Smer-Mafia aufzuklären“. Damit ließ er den Smer-Vorwurf einer politisch gegängelten und zur Vernichtung politischer Gegner missbrauchten Polizei und Justiz real erschei-

² Kurz nach der Parlamentswahl 2023 benannte Matovič seine Partei trotz ihres schwachen Wahlergebnisses selbstbewusst in „Slowakei“ (Slovensko) um.

nen. Dabei ist schwer zu übersehen, dass sich während der Smer-Regierungen tatsächlich viel Korruptionsfilz angesammelt hatte.

Versagen der Gegner-Koalition macht Fico wieder stark

Nachdem Smer im Herbst 2023 wieder an die Macht zurückkam, wurde daher allgemein erwartet und vor allem von den Smer-Gegnern vorhergesagt, dass es nun im Polizei- und Justizapparat „Säuberungen“ in die umgekehrte Richtung geben werde. Das Wort „Säuberungen“ hatte Matovič in seiner kraftmeierischen Rhetorik geprägt. Alle staatlichen Behörden sollten von Angehörigen der „Mafia“ gereinigt werden. In der Praxis wurden damit aber nicht nur Amtsträger ausgetauscht, die tatsächlich unter Korruptionsverdacht standen, sondern alle unter Pauschalverdacht gestellt, die ihre Funktion in der Smer-Regierungszeit bekommen hatten. So wurden auch erfahrene Krankenhausdirektoren durch fachlich nicht qualifizierte Sympathisanten der Matovič-Partei ersetzt, was Proteste in Spitälern auslöste.

Die Koalition war von Anfang an zerstritten. Wirtschaftsminister Richard Sulík und Matovič kritisierten sich öffentlich und blockierten in der Corona-Pandemie gegenseitig ihre Maßnahmen und Vorschläge, um dem Rivalen keinen Erfolg zu gönnen. Einig war man sich nur darin, dass eine „Rückkehr der Mafia“ (also der Smer-Partei) an die Macht mit allen Mitteln verhindert und die Ukraine gegen Russland unterstützt werden müsse. Der Rücktritt von Matovič als Regierungschef beruhigte das Koalitionsklima nicht. Eduard Heger, der 2021 als Nachfolger von Matovič die Führung der Regierung übernahm, beschwor daher den gemeinsamen Kampf gegen die äußeren Feinde. In einer Aussendung des Regierungsamts erklärte er nicht nur Smer, sondern auch die davon abgespaltene Pellegrini-Partei Hlas-SD zum „politischen Flügel des Organisierten Verbrechens“ und forcierte die Ukraine-Militärhilfe.

Nachdem die liberale SaS endgültig aus der Regierung austrat, klammerte sich die Rest-Koalition immer verzweifelter an die Macht und zögerte vorgezogene Neuwahlen sogar nach einem im Dezember 2022 verlorenen Misstrauensvotum noch ein Dreivierteljahr hinaus. Es gab im Parlament zwar keine ausreichende Mehrheit mehr für konstruktive Regierungsarbeit. Aber zur Verzögerung von Neuwahlen reichte es noch. Wie wir inzwischen wissen, half das Hinauszögern der Parlamentswahl nicht. Denn die Umfragen wurden immer noch schlechter und das befürchtete Wahldebakel trat am 30. September tatsächlich ein. Eduard Heger war noch als Regierungschef aus der Matovič-Partei ausgetreten, um mit einer neuen Partei das bürgerliche Lager unter seiner Führung zu einigen, schaffte aber nicht einmal mehr den Parlamentseinzug.

Die Marginalisierung der ursprünglichen Anti-Fico-Koalition machte die bis dahin noch nicht einmal im slowakischen Nationalrat vertretene liberale Partei „Progressive Slowakei“ (Progresívne Slovensko – PS) unter Führung des EU-Abgeordneten Michal Šimečka zur mit Abstand stärksten Oppositionspartei. Die PS steht den österreichischen Neos nahe. Mit dem zweiten Platz hinter Smer, aber noch vor der drittplatzierten Pellegrini-Partei Hlas-SD wäre eine eigene Regierungsbildung möglich gewesen. Šimečka zeigte sich bereit, Pellegrini das Amt des Regierungschefs zu überlassen, wenn er mit PS eine Koalition einginge.

Pellegrini hatte seinen Wahlkampf aber mit dem Ruf nach einem „starken Staat“ geführt und hätte dieses Ziel in einer Koalition mit PS und wirtschaftsliberalen Kleinparteien nicht durchsetzen können. Fico ließ ihm zwar zunächst nur das Amt des Parlamentspräsidenten. Aber schon bald nach der Wahl pfif-

fen die Spatzen von den Dächern, dass Pellegrini gute Chancen hat, nächster Staatspräsident zu werden. Amtsinhaberin Zuzana Čaputová wird bei der Wahl im Frühjahr 2024 nicht mehr kandidieren. Sie war vor ihrer Kür zum Staatsoberhaupt ein führendes Mitglied der PS gewesen.

Was sich an der Unterstützung des Nachbarlands Ukraine ändert

Die Slowakei rühmte sich, gemessen an der Bevölkerungszahl einer der größten militärischen Unterstützer der Ukraine zu sein. Neben dem schon erwähnten Luftabwehr-Raketensystem und den Kampfflugzeugen lieferte sie dem Nachbarland nach dem russischen Überfall auch jede Menge anderer Militärgüter, darunter Kampfhubschrauber, Schützenpanzer, Panzerhaubitzen, Minenräumsysteme, Gewehre und verschiedenste Munition im Wert von Hunderten Millionen Euro. Smer-Vizeparteichef Juraj Blanár, der mit dem Regierungswechsel 2023 Außenminister wurde, bezifferte den Gesamtwert im November sogar auf „fast eine Milliarde“.

Jaroslav Nad', der konservativ-populistische Verteidigungsminister der Regierungen Matovič und Heger, begleitete die Waffenlieferungen regelmäßig auf Facebook mit der Formulierung, die slowakischen Waffen würden „ukrainische Leben retten“. Vor allem bei der früh erfolgten Abgabe des Raketensystems S-300 hatte sich Nad' den Vorwurf eingehandelt, die eigene Bevölkerung zu belügen. Er hatte nämlich öffentlich erklärt, das System sei für die Slowakei unentbehrlich, obwohl er bereits die Übergabe vorbereitet. Als er diese bekannt gab, rechtfertigte er sich mit strategisch notwendiger Geheimhaltung.

Die meisten ihrer Waffenlieferungen ließ sich die Slowakei über den „EU-Friedensfonds“ oder direkt von anderen Nato-Mitgliedern wie Deutschland und Norwegen finanziell ersetzen. Für slowakische Rüstungsunternehmen wurde der Ukraine-Krieg sogar zu einem großartigen Geschäft. Vor allem für die Panzerhaubitze Zuzana 2 und das Minenräumsystem Božena als Vorzeigeprodukte der slowakischen Rüstungsindustrie interessieren sich nach dem werbewirksamen Einsatz in der Ukraine jetzt auch zahlreiche andere Armeen.

Darum hatte Fico in seinem Wahlkampf zwar stets beklagt, dass die slowakischen Armeebestände durch die Lieferungen leergefegt würden. Die kommerziellen Waffenverkäufe kritisierte er hingegen nicht. Und nach seiner neuerlichen Regierungsübernahme stellte er endgültig klar, was er im Wahlkampf nur in Nebensätzen angedeutet hatte, nämlich dass er „nicht in Verträge von Firmen eingreifen“ werde. Dabei ist zumindest die jetzt auf Hochtouren laufende Herstellerfirma der Panzerhaubitze Zuzana in Staatsbesitz.

Dass die Armee nicht mehr viel herzugeben habe, räumte schon Monate vor der Parlamentswahl auch Präsidentin Čaputová ein, die stets eine vehemente Befürworterin der Militärhilfe war: „Was wir der Ukraine aus unseren Armeebeständen geben konnten, haben wir ihr schon gegeben.“ Ficos Friedensrhetorik kann angesichts dieser Realität sogar als heuchlerisch empfunden werden, weil er zwar groß das Ende der staatlichen Waffenlieferungen hinausposaunt hatte, dabei aber wusste, dass die Änderung nicht so dramatisch werden würde. Seine Gegner werden trotzdem nicht müde, ihn und seine neue Regierung als „prorussisch“ einzustufen. Dabei hatte Fico schon im Wahlkampf zur Abgrenzung von der rechtsextremen „Republika“ (die aber dann sowieso überraschend aus dem Parlament flog) jede Koalition mit Parteien ausgeschlossen, die die EU- und Nato-Mitgliedschaft der Slowakei infrage stellen würden.

Wie die neue slowakische Regierung selbst ihr Verhältnis zur Ukraine und zu Russland definiert, erklärte Außenminister Blanár



Smer-Wahlslogan „Stabilität, Ordnung und soziale Sicherheit“ - mit konterkarierender Ergänzung „Das Böse“ (Zlo)

in einem Interview ³ vor seinem ersten offiziellen Österreich-Besuch: „Wir sind für einen möglichst schnellen Waffenstillstand und für die Suche nach einer Friedenslösung, denn das bedeutet zumindest, dass viele Menschenleben erhalten bleiben. Ich möchte aber unterstreichen, dass wir bedingungslos für eine demokratische Ukraine in ihren international anerkannten Grenzen eintreten, die auch das Recht hat, unter den üblichen Kriterien EU-Mitglied zu werden.“ Allerdings werde die Ukraine für einen EU-Beitritt die gleichen Kriterien zu erfüllen haben, wie alle anderen auch.

„Wir haben den klaren Völkerrechtsbruch durch Russland verurteilt und dabei bleiben wir. Und wir wollen der Ukraine helfen. Aber eben nicht militärisch, sondern humanitär.“ Als Beispiele für solche Hilfe konkretisierte inzwischen auch Fico die Minenräumung sowie Generatoren und andere Technik, die der Ukraine auch bei neuerlichen russischen Angriffen auf die Energie-Infrastruktur über den Winter helfen soll. Gerne verweist man in Bratislava darauf, dass die slowakische Ablehnung der Annexion ukrainischer Gebiete durch Russland umso glaubwürdiger sei, als man bis heute auch die Abtrennung des Kosovo nicht anerkenne. Und die erste Fico-Regierung habe die slowakischen Soldaten aus dem Irak zurückgeholt, weil sie ebenso wie jetzt den russischen auch den damaligen amerikanischen Völkerrechtsbruch nicht akzeptierte.

„Prorussisch“ und „proeuropäisch“ als Kampfbegriffe

„Wird die Slowakei nach der Wahl proeuropäisch bleiben oder prorussisch werden?“ Das war eine der häufigsten Fragen, die ausländische Journalisten im Wahlkampf slowakischen Inter-

³ „Die Presse“, 22. 11. 2023, auch online: <https://www.diepresse.com/17847798/slowakei-immer-mehr-waffen-an-die-ukraine-zu-liefern-funktioniert-nicht>

viewpartnern stellten. Und sie bekamen meist die ohnehin schon selbst mitgebrachte Schubladisierung serviert, wonach der „Putin-Freund“ Fico zwar Favorit sei, aber die „proeuropäischen“ Parteien noch eine Chance hätten, zu gewinnen und damit die „Demokratie zu retten“. Aus dem bisher Dargestellten ergibt sich die Frage: Woher kommen solche Zuordnungen?

Fico hat zwar stets kritisiert, EU-Sanktionen gegen Russland dürften nicht der EU und der von russischem Öl und Gas abhängigen Slowakei mehr als Russland schaden. Aber er bekannte sich stets zur Mitgliedschaft im (gegen Russland gerichteten) Nato-Bündnis und „zum Kern Europas“, womit er sich von den europakritischeren Regierungen in Warschau und Budapest bei aller sonstigen Freundschaft abgrenzte. Ein Populist ist Fico gewiss, das zeigen seine Wahlkampfreden und Internetbeiträge. Aber auch die Anti-Fico-Koalition der vergangenen Jahre war voll von (nur weniger geschickten) Populisten, die sich gegenseitig in Kritik an „Brüssel“ und Hetze gegen Migranten oder Geringschätzung sexueller Minderheiten überboten – aber eben die militärische Unterstützung der Ukraine und die Sanktionen bereitwilliger mitmachten.

Die unpopulär gewordenen Regierungspolitiker um Matovič und Heger erkannten schnell, dass sie mit Inlandsthemen einen schweren Stand gegen den wiedererstarkten Fico haben würden, sich aber die Besorgnis der EU- und Nato-Partner zunutze machen konnten. Und die liberale „Progressive Slowakei“ (PS), die bei der Wahl von einer außerparlamentarischen zur zweitstärksten Parlamentspartei aufstieg, gerade weil sie nicht Teil der Regierung gewesen war, nutzte ihre EU-Präsenz zu Aufrufen an die Eurosozialisten, die Fico-Partei auszuschließen.

Die meisten Berichtersteller ausländischer Medien verstehen kein Slowakisch und nehmen daher dankbar die Hilfe

von eloquent Englisch sprechenden „unabhängigen“ Experten in „Thinktanks“ an. Diese Lobby-Organisationen, von denen derzeit die Denkfabrik Globsec dank großzügiger finanzieller Unterstützung durch westliche Rüstungsfirmen zur einflussreichsten geworden ist, hatten ein durchaus eigennütziges Interesse daran, einen Fico-Wahlsieg zu verhindern, weil ein Stopp weiterer Waffenlieferungen die Geschäfte ihrer Geldgeber schmälert. Mit ausgewählten Wahlkampfzitatens Ficos, präsentierten sie ihn ausländischen Journalisten als eine Art Bündnispartner Russlands. Und die so entstandenen Schlagzeilen konnten sie wieder dem heimischen Publikum als Beleg dafür präsentieren, dass das westliche Ausland entsetzt über einen Fico-Wahlsieg wäre und man damit eine Isolation riskieren würde. Neu ist diese Praxis nicht, sie wird nur vor dem Hintergrund des Ukraine-Kriegs aggressiver eingesetzt.

Ukraine-Krieg drängt Demokratie und Rechtsstaat in den Schatten

Die Koalition der Fico-Gegner hatte sich selbst als Koalition der „demokratischen Parteien“ definiert, womit sie zugleich ihren Gegnern, allen voran Ficos Smer, unterstellte, nicht demokratisch zu sein. Als Regierungschef Eduard Heger eine eigene Partei gründete, um sich damit von Matovič abzuspalten, nannte er sie „Die Demokraten“ (Demokrati) und machte unter anderem in einem Vortrag in Wien „russische Desinformation“ dafür verantwortlich, dass sein Lager in Umfragen weit hinter die Gegner zurückfiel. Zwar gilt die Slowakei wegen des geringen Vertrauens in staatliche Institutionen als besonders empfänglich für allerhand zweifelhafte Internetkanäle. Dennoch ist schwer nachvollziehbar, dass Hegers „Demokraten“ deswegen und nicht wegen eigenen Versagens nicht einmal die Fünfprozenthürde für den Parlamentseinzug schafften.

Das fragwürdige Demokratieverständnis der führenden Köpfe der Anti-Fico-Koalition manifestierte sich schon zuvor im Umgang mit unwillkommenem Wählerwillen. Sie bekämpften nicht nur ein von ihrem Gegner Fico initiiertes landesweites Referendum für vorgezogene Neuwahlen, sondern auch ein lokales Referendum in Sliac. Die Bürger der Kleinstadt entschieden, dass der neben der Stadt gelegene Flugplatz nicht zu einem US-Militärstützpunkt werden dürfe – und wurden dafür von den Koalitionären erniedrigend beschimpft. Davor brachte die Regierung einen als unterwürfig kritisierten bilateralen Militärvertrag mit den USA sofort unter Dach und Fach, sobald nach dem Beginn des russischen Angriffskriegs erstmals eine Umfrage keine Mehrheit dagegen ergab.

Polizisten nehmen Polizisten fest

Den Umgang der von den Anti-Fico-Koalitionären eingesetzten Polizei- und Justizorgane mit dem Rechtsstaat kritisierten nicht nur die damaligen Oppositionsparteien, sondern sogar ein Teil der gegen Fico kämpfenden liberalen Medien. (Die führenden liberalen Zeitungen der Slowakei verstehen sich nicht als reine Informationsmedien, sondern als Kämpfer für liberale Werte nach US-amerikanischem Muster. Sie wollen daher die Wirklichkeit „nicht nur abbilden, sondern verändern“, wie es in einem Leitartikel hieß.)

Es ging nicht nur um die bereits dargestellte Einsetzung eines Ex-Politikers und Fico-Gegners als Chefankläger für organisierte Kriminalität, bei der hinderliche Gesetze einfach geändert wurden. Mithilfe dieser und anderer Postenbesetzungen in Polizei und Anklagebehörden sowie weit gedehnten Kronzeugenregelungen folgten Verhaftungswellen, bei denen nicht immer außer Zweifel stand, ob es tatsächlich ausreichende Belege für Korrup-

tion gab. Anwälte der zahlreichen Festgenommenen kritisierten eine Art Polit-Justiz unter dem Deckmantel von Korruptionsbekämpfung.

Ein besonders spektakulärer Fall war jener des ehemaligen Polizeipräsidenten Milan Lučanský. Er war nach dem Journalistenmord von 2018 oberster Polizeichef geworden, nachdem sein Vorgänger ebenso wie Regierungschef Fico und dessen Innenminister zurücktreten mussten. Unter seiner Führung gelang die Verhaftung der Journalistenmörder und später auch des als Drahtzieher vermuteten Millionärs Marián Kočner und seiner Komplizin. Nachdem aber Matovič die Regierung übernahm und ankündigte, „die ganze Smer-Mafia ins Gefängnis“ zu bringen, trat der selbst aus der Smer-Regierungszeit (unter Ficos Nachfolger Pellegrini) stammende Lučanský zurück. Wenige Monate danach wurde er zur Fahndung ausgeschrieben, kehrte freiwillig aus dem Urlaub zurück, um sich einer Vernehmung zu stellen, von der er sofort in Isolationshaft gesteckt und kurz danach in seiner Zelle erhängt aufgefunden wurde. Vertraute bezweifeln bis heute seinen von einer Untersuchungskommission bestätigten Selbstmord.

Rasch entwickelte sich ein Machtkampf innerhalb von Justiz, Polizei und Geheimdienst. Ganze Polizeieinheiten nahmen sich gegenseitig fest und Staatsanwälte beschuldigten einander des Amtsmissbrauchs. Festgenommen wurden aber auch Polizeifunktionäre, die erst von der Anti-Fico-Koalition selbst nominiert wurden, darunter sogar der Chef des Inlandsgeheimdienstes und schließlich auch sein Nachfolger. Da die meisten Verfahren noch offen sind, gibt es noch zwei Erklärungen: Entweder wollten diese neu eingesetzten Funktionäre nicht bei den umstrittenen Ermittlungs- und Verhörmethoden nach dem Regierungswechsel mitmachen oder sie erwiesen sich als ähnlich korrupt wie ihre Vorgänger aus der Smer-Regierungszeit.

Nachdem der damalige Oppositionsführer Fico alle EU-Botschafter zu einem Gespräch bat, um sie auf seiner Meinung nach massive Verletzungen des Rechtsstaats aufmerksam zu machen, wollten die meisten anschließend nicht auf Fragen slowakischer Medien antworten. Die wenigen Diplomaten, die antworteten, äußerten sich sehr besorgt. Aber nicht über eine eventuelle Gefährdung von Demokratie und Rechtsstaat, sondern darüber, dass Fico im Falle seines Wahlsiegs womöglich wirklich slowakische Waffenlieferungen an die Ukraine stoppen könnte. 🌐

Mag. Christoph Thanei, kam 1994 als Deutsch-Lektor in die Slowakei, berichtet seit 1997 als freier Journalist für deutschsprachige Medien.

E-mail: christoph.thanei@aon.at